

P R O T O K O L L

über die
8. Tagung des Statistischen Beirats

.....
3. und 4. Mai 1961 - Wiesbaden

STATISTISCHES BUNDESAMT

Abt. I

P r o t o k o l l

über die 8. Tagung des Statistischen Beirats
am 3. und 4. Mai 1961 in Wiesbaden

A n w e s e n d e :

=====

Präsident Dr.Dr.h.c.Fürst Statistisches Bundesamt Wiesbaden
(als Vorsitzender)

A. Vertreter der Bundesministerien:

Dr.Freiherr v.Roeder	Bundesmin.f.Wirtschaft	Bonn-Duisdorf
Dr.Raabe	" "	Bonn-Duisdorf
D.W.Keller	Auswärtiges Amt	Bonn
Dr.Wegner	Bundesmin.d.Innern	Bonn
Wahl	" d.Justiz	Bonn
Dr.Schiettinger	" d.Finanzen	Bonn
Bantzer	" f.Ernährung, Landw. und Forsten	Bonn-Duisdorf
Dr.Scharlau	" f.Arbeit und Sozialordnung	Bonn-Duisdorf
Dr.Adler	" f.Verteidigung	Bonn
Dr.Saake	" f.Verkehr	Bonn
Müller	" f.d.Post- und Fernmeldewesen	Bonn
Arlt	" "	Bonn
Menge	" f.Wohnungsbau	Bad Godesberg-Mehlem
Dr.Essen	" f.Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	Bonn

Fr. Dr. Drechsler	Bundesmin. f. gesamtdeutsche Fragen	Bonn
Gebauer	" f. Familien- und Jugendfragen	Bonn
Dr. Brandl (2. Tag)	" f. Atomkernenergie u. Wasserwirtschaft	Bad Godesberg
Dr. Malzbender	Bundesrechnungshof	Frankfurt a.M.
Dr.-Ing. Effmert	Deutsche Bundesbahn	" "
Dr. Weinhold	Deutsche Bundesbank	" "
Dr. Kredel	" "	" "
Dr. Hanau	" "	" "

B. Vertreter der Statistischen Landesämter:

Dr. Horn	Stat. Landesamt Schleswig-Holstein	Kiel
Dr. Deneffe	Stat. Landesamt Hamburg	Hamburg
Dr. Kraus	Nieders. Landesverwaltungs- amt - Statistik -	Hannover
Dr. Tetzlaff	Stat. Landesamt Bremen	Bremen
Chandon	Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf
Dr. Hüfner	Hess. Stat. Landesamt	Wiesbaden
Dr. Nellessen	Stat. Landesamt Rheinland-Pfalz	Bad Ems
Dr. Jostock	Stat. Landesamt Baden-Württemberg	Stuttgart
Schachtner	Bayer. Stat. Landesamt	München
Dr. Götz	Stat. Amt des Saarlandes	Saarbrücken
Katsch	" Landesamt Berlin	Berlin

C. Vertreter der Verbände und Organisationen:

Dr. Buhrow	Deutscher Städtetag	Köln
Cholewa	Deutscher Gemeindetag	Bad Godesberg
Dr. Behrens	Bundesverband der Deutschen Köln Industrie	
Prof. Dr. Herrmann	" " " "	"
Dr. Hartmann	Deutscher Industrie- und Handelstag	Bonn
Schünemann	Zentralverband des Deut- schen Handwerks	"
Dr. Oehler	Hauptgemeinschaft des Deut- Köln schen Einzelhandels	
Dr. Harting	Gesamtverband der Verarbeit- ungswirtschaft	"
Fr. Dr. Edelmann	Vereinigung Deutscher Elek- Frankfurt a.M. trizitätswerke	
Oster (1.Tag)	Arbeitsgemeinschaft Energie (AGE)	" " "
Dr. Spiegelhalter	Bundesverband der Deutschen Köln Arbeitgeberverbände	
Dr. Brandi (1. Tag)	Bundesverband der freien Berufe	Düsseldorf
Dr. Braun (1. Tag)	Ständige Konferenz der Hauptgeschäftsführer der Verbände des Verkehrs	Köln
Fr.Dörfelt-Claus	Gesamtverband gemeinnützi-ger Wohnungsunternehmen	"
Prof. Dr. Gleitze	Wirtschaftswissenschaftli- ches Institut der Gewerk- schaften	"
Dr. Schröder-Brzosniowsky	" " " "	"
Apel	Deutsche Angestelltenge- werkschaft	Hamburg

Fr. Nagel	Deutsche Angestelltengewerkschaft	Hamburg
Dyckerhoff	Verband der Landwirtschaftskammern	Bonn
Dr. Hanstein	Arbeitsgemeinschaft Deutscher Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.	Bonn
Fickel	Gesellschaft für Konsumforschung	Nürnberg
Dr. Krenzel	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, Bonn)	Berlin
Dr. Bischoff	Verein Statistik der Kohlenwirtschaft	Essen

Dr. Schwenzner (1.Tag)	Arbeitskreis zur Förderung der Marktforschung auf europäischer Ebene	Hamburg
Wendt	" " "	"

D. Statistisches Bundesamt:

Die Abteilungsleiter Dr. Schucht, Dr. Szameitat, Dr. Bartels, Dr. Rauterberg, Dr. Werner, Schweda, Dr. Horstmann, Mengert, Prof. Dr.Dr. Koller; die Hauptreferenten und Referenten.

Tagesordnung

=====

Allgemeines Diskussthemata:

"Die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes - 1960"

1. Sitzungstag

A. Allgemeiner Teil

I. Überblick über die Arbeiten im Jahre 1960 und Ausblick auf neue Aufgaben

1. Zur Gliederung des diesjährigen Amtsberichts
2. Die erreichte und angebahnte Vervollständigung des statistischen Instrumentariums
 - a) Statistiken der Vorgänge im Produktionsbereich und zugehörige Preisstatistiken
 - b) Statistiken der Erwerbstätigkeit und Beschäftigung
 - c) Statistiken der Einkommen
 - d) Statistiken der Nachfrage und des Verbrauchs und der dazugehörigen Preise
 - e) Finanzierungsvorgänge
 - f) Bevölkerungsstatistische Sondergebiete, Kulturstatistik
3. Stand der rechtlichen Fundierung der Bundesstatistik
4. Arbeits- und Zeitpläne für 1961 bis 1963
5. Die Beirats- und Fachausschußarbeit
6. Statistik im Hochschulunterricht und Ausbildung von Statistikern

II. Ausgewählte Probleme und wichtige Arbeitsvorhaben

1. Erkenntniswert der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und Tendenzen der Weiterentwicklung
2. Stand der Arbeiten an den neuen Systematiken der Wirtschaftszweige und Zeitpunkt der Umstellung bei den einzelnen Statistiken
3. Die einheitliche Zuordnung der Unternehmen und Betriebe zu den Wirtschaftszweigen in den einzelnen Statistiken

4. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
 5. Die Internationalen industriestatistischen Programme
 6. Statistische Unterlagen für die Messung der Konzentration
 7. Die Umstellung der Preis-, Lohn- und Mengenindices auf das Basisjahr 1958
- III. Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes in nationalen Organisationen und Ausschüssen
- IV. Beteiligung des Statistischen Bundesamtes an der internationalen statistischen Arbeit

2. Sitzungstag

B. Bericht über die Arbeiten zum Zählungswerk 1960/62

- I. Vorbemerkung
- II. Landwirtschaftszählung 1960
- III. Handels- und Gaststättenzählung 1960
- IV. Volks- und Berufszählung 1961
- V. Arbeitsstättenzählung 1961
- VI. Wohnungsstatistische Feststellungen 1961
- VII. Verkehrszensus 1962

C. Berichte der Abteilungen

- I. Allgemeine Organisation der Statistik
- II. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, allgemeine fachliche Koordinierung
- III. Ernährungs- und Landwirtschaftsstatistik
- IV. Industrie- und Handwerksstatistik

- V. Handels- und Verkehrsstatistik
- VI. Statistik der Preise und Löhne, des Bau- und Wohnungswesens,
Sozialstatistik
- VII. Finanz- und Steuerstatistik
- VIII. Bevölkerungs- und Kulturstatistik
- IX. Mitteilungen aus der Verwaltung des Amtes

Wortlaut des Protokolls:
=====

1. Sitzungstag (3. Mai 1961)

Präsident Dr. Fürst begrüßt die Teilnehmer und gibt die seit der letzten Tagung im Kreis der Beiratsmitglieder eingetretenen Veränderungen bekannt. Dabei gedenkt er einleitend der verstorbenen Mitglieder Ministerialdirigent Dr. R o m p e (Bundesministerium der Finanzen), Ministerialrat Dr. H e i m (Bundesministerium des Innern) und Direktor a.D. Dr. G r ü n i g (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung).

In der Tagesordnung, zu der keine Ergänzungswünsche aus dem Kreis der Beiratsmitglieder geäußert worden sind, wurden diesmal nicht, wie in den letzten Jahren ein oder zwei größere Themen in den Mittelpunkt gerückt, sondern sieben ausgewählte Probleme und wichtige Arbeitsvorhaben in einem besonderen Abschnitt (A II) herausgehoben und zur Diskussion gestellt.

A. I. Überblick über die Arbeiten im Jahre 1960 und Ausblick auf neue Vorhaben

Nach einer kurzen Einführung des Vorsitzenden zu Punkt

1. Zur Gliederung des diesjährigen Amtsberichts

gibt er zu Punkt

2. Die erreichte und angebahnte Vervollständigung des statistischen Instrumentariums

einige Hinweise auf die entsprechenden Darlegungen im Amtsbericht. Diese zeigen, welche Bausteine im vergangenen Jahr hinzugekommen und welche Lücken damit im Gesamtbild geschlossen worden sind oder auf Grund der neuen Rechtsgrundlagen in absehbarer Zeit geschlossen werden können.

Der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft begrüßt diesen Gesamtüberblick im Amtsbericht und erklärt, daß dankens-

werter Weise auf vielen Teilbereichen Fortschritte erzielt werden konnten, wenn auch noch manche Wünsche offen bleiben.

Auch der Direktor des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften stellt mit Befriedigung fest, daß zahlreiche Wünsche der Konsumenten erfüllt worden sind. Dennoch sei die Tatsache, daß die Großzählungen in der Bundesrepublik nicht zur rechten Zeit und nur unter größten Anstrengungen mit mehr als einem Jahr Verspätung durchgeführt werden, symptomatisch dafür, wie schwerfällig und unelastisch unser Staat auf derartige, langfristig bekannte Anforderungen des gesellschaftlichen Lebens reagiere. Umso größer wären voraussichtlich die Schwierigkeiten, wenn die Statistik einmal schnell und unmittelbar reagieren sollte. Der Vorsitzende dankt für diesen Hinweis und hält es für richtig, daß man sich über die Gefahr, die in dem nicht weit genug gespannten Rahmen der Statistik für die Beantwortung aktueller Fragen liege, sowie über die damit zusammenhängenden Probleme in der nächsten Zeit einmal Gedanken macht.

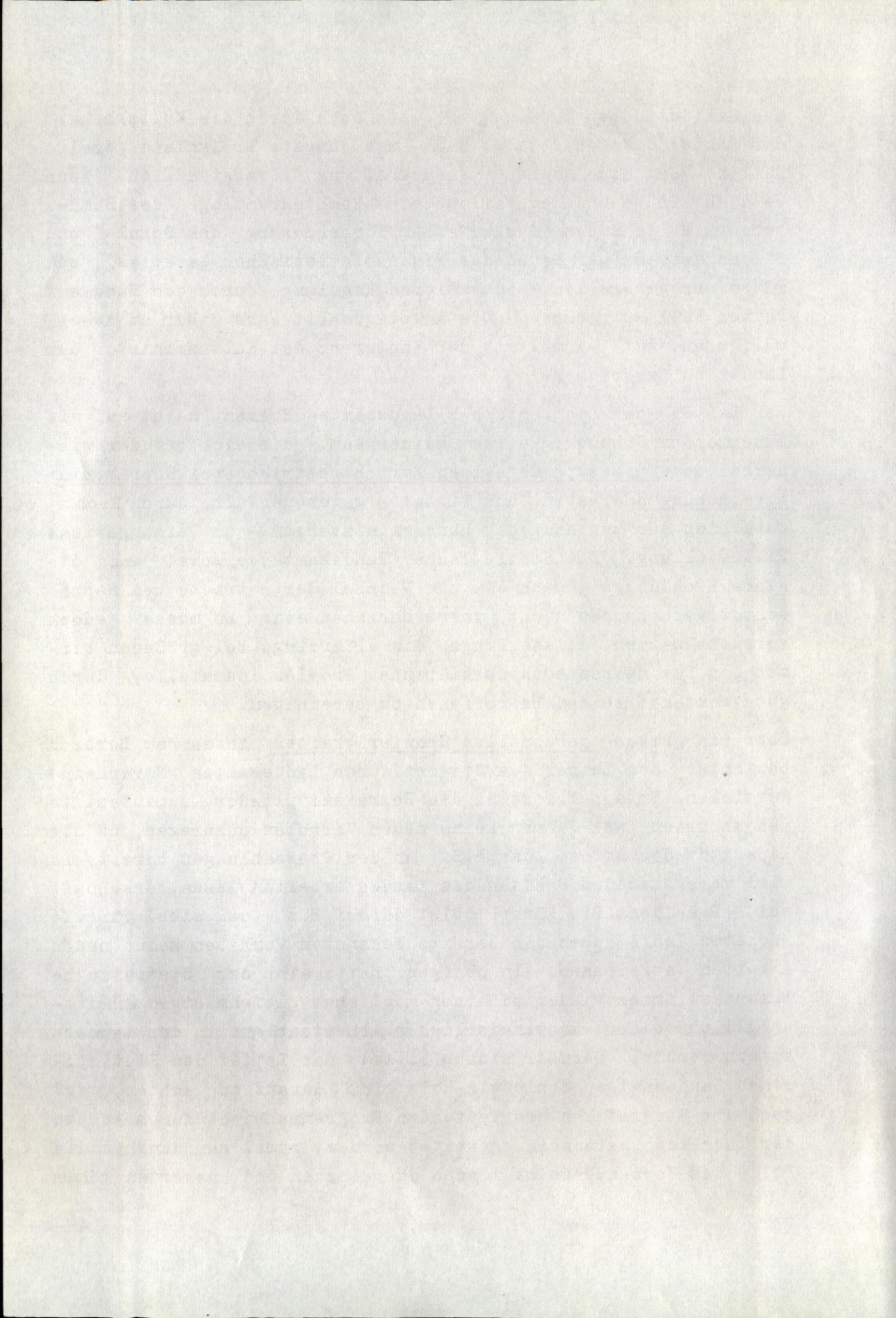
Der Direktor des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften stellt außerdem mit Bedauern fest, wie wenig vergleichbare Zahlen nach wie vor über die sowjetische Besatzungszone zur Verfügung stehen. Hierzu weist der Vorsitzende auf die bekannten Schwierigkeiten hin, die ihre Ursache in dem anderen System und in dem geringen zur Verfügung stehenden Material haben und für deren Überwindung auch die geeigneten Kräfte nicht zur Verfügung stehen.

Auf dem Gebiet der Kulturstatistik sind nach Auffassung des Leiters des Hessischen Statistischen Landesamtes in der letzten Zeit kaum Fortschritte erzielt worden, was meist mit der Kulturhoheit der Länder und den ungenügenden Mitteln begründet werde. Offenbar fehle es aber auch an einer klaren Vorstellung, was auf diesem Gebiet getan werden soll. Vom Statistischen Bundesamt wird hierzu erklärt, daß mit der derzeitigen personellen Besetzung vor allem die erforderliche wissenschaftliche Auswertung des vorhandenen Materials nicht möglich ist. Abgesehen davon bestehen aber hier auch noch große Lücken, so z.B. in der statistischen Erfassung des Übergangs von der Schule in das Berufsleben. Ohne Zweifel seien der Initiative des Bundes bzw.

des Statistischen Bundesamtes aber auch durch die Kulturhoheit der Länder Grenzen gesetzt und - wie jüngste Ereignisse gezeigt hätten - sei eine gewisse Zurückhaltung ja verständlich. Wenn es auch in besonderen Fällen eine Rechtsgrundlage des Bundes gebe (z.B. für den Nachweis der Finanzierung des Schul- und Bildungswesens auf Grund des Finanzstatistischen Gesetzes), sei mit einer generellen gesetzlichen Regelung durch den Bund auf keinen Fall zu rechnen. Die Angelegenheit wäre daher am zweckmäßigsten erst einmal mit der Konferenz der Kultusminister der Länder zu besprechen.

Der Leiter des Statistischen Landesamtes Bremen macht auf die zunehmenden Schwierigkeiten aufmerksam, die sich bei der wiederholten Erfassung derselben Betriebsbetriebe bei Repräsentativerhebungen ergeben, und bittet - gegebenenfalls durch Rechtsgutachten der zuständigen Bundesministerien - um eine gewisse Hilfestellung. Das Statistische Bundesamt verweist auf die klare Rechtslage, nach der ein Wechsel der Betriebe bei Repräsentativerhebungen nicht vorgeschrieben sei. Es müsse jedoch versucht werden, diese Frage, die allerdings bei größeren Firmen ein besonderes noch zu klärendes Problem darstelle, durch gute Kontakte zu den Betroffenen zu bereinigen.

Über die großen personellen Schwierigkeiten in seinem Bereich berichtet der Leiter des Statistischen Landesamtes Nordrhein-Westfalen. Er appelliert an die Beiratsmitglieder, zumindest in den nächsten zwei Jahren keine neuen Vorhaben anzuregen, da die Kapazität des Amtes, das z.B. an den Großzählungen bereits in vier verschiedenen Städten des Landes arbeiten lasse, erschöpft sei. Präsident Dr. Fürst weist darauf hin, daß sich für die nächsten Jahre außer den bereits bekannten Vorhaben keine neuen Arbeiten abzeichnen. Im übrigen hätte sich das Statistische Bundesamt immer wieder um einen möglichst gleichmäßigen Arbeitsanfall und einen kontinuierlichen Arbeitsablauf in den Landesämtern bemüht. Darüber hinaus bittet der Leiter des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein, darauf zu achten, daß auch die Statistiken des laufenden Programms nicht durch Ausbau der Tabellenprogramme ausgeweitet werden, zumal man ohnehin die Fülle des Vorhandenen kaum noch überschauen und auswerten könne.



Auch der Vorsitzende sieht hierin ein ernstes Problem und zugleich eine Aufgabe der Statistiker, deren Einschränkungsvorschläge sich allerdings oft gegenüber den Wünschen der Auftraggeber und der Konsumenten nicht durchsetzen lassen.

Der Leiter des Niedersächsischen Amtes berichtet über die Schwierigkeiten, qualifizierte Kräfte für den höheren Dienst gewinnen oder halten zu können, da den sogenannten "Nichtlaufbahnkräften" der Eintritt in das Beamtenverhältnis erschwert wird. Die gleichen Sorgen ergeben sich, wie Präsident Dr. Fürst ausführt, auch für das Statistische Bundesamt, wo die Angestellten des höheren Dienstes sich - abgesehen von den altersmäßigen Bedingungen - einer Prozedur unterziehen müssen, die auf die sogenannten "Außenseiter" zugeschnitten ist. Da hierdurch die Gewinnung des für den wissenschaftlichen statistischen Dienst geeigneten Nachwuchses beträchtlich erschwert werde, habe sich das Statistische Bundesamt darum bemüht, daß hierfür eine besondere Laufbahn, etwa ähnlich der Regelung beim Bundespatentamt, geschaffen werde.

In diesem Zusammenhang gibt der Direktor des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften zu bedenken, daß die statistischen Rechtsgrundlagen in der Praxis Produktionsauflagen darstellen und daß diese Besonderheit der Statistik, mit der sie sich von der üblichen Verwaltungstätigkeit unterscheidet, immer wieder herausgestellt werden müsse. Es sei daher auch nicht Aufgabe des Statistikers, sich gegen die Übernahme neuer Aufgaben zu sperren. Vielmehr müsse dafür gesorgt werden, daß die Statistik unter günstigeren, der Vollbeschäftigung Rechnung tragenden Bedingungen operieren kann und daß ihr die notwendige Elastizität gegeben wird, die zur Erfüllung der vom Gesetz vorgeschriebenen Aufgaben notwendig ist.

Zu den Punkten

3. Stand der rechtlichen Fundierung der Bundesstatistik
4. Arbeits- und Zeitpläne für 1961 bis 1963
5. Die Beirats- und Fachausschußarbeit und
6. Statistik im Hochschulunterricht und Ausbildung von Statistikern

ergibt sich - soweit nicht bereits unter Punkt 2 mitbehandelt - keine Diskussion.

A. II. Ausgewählte Probleme und wichtige Arbeitsvorhaben

1. Erkenntniswert der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und Tendenzen der Weiterentwicklung

Vom Statistischen Bundesamt wird einleitend auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die mit den Arbeiten an den Gesamtrechnungen bis zu den ersten Veröffentlichungen verbunden waren. Zunächst mußte das statistische Grundlagenmaterial nach dem Kriege neu aufgebaut werden, und zum anderen sollte mit den Gesamtrechnungen ein Werkzeug geschaffen werden, das dem neuesten Stand der Überlegungen entspricht und neben der Darstellung der Einkommensströme auch ein Bild der Güterströme und der Kreditverflechtungen gibt. Die Grundlage der Darstellung bildet das Kontensystem mit der doppelten Verbuchung aller Vorgänge. Daneben können mit Hilfe zusätzlicher Tabellen weitere Aussagen gemacht und bestimmte Zusammenhänge klarer zum Ausdruck gebracht werden. Gegenüber den Sozialproduktberechnungen mit ihren Aussagen über die Entstehung und die Verteilung der Einkommen und die letzte Verwendung von Gütern und Einkommen geben die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zusätzliche Erkenntnisse über die Produktion von Gütern, ihre Verwendung innerhalb der Unternehmenssphäre, die Umverteilung der Einkommen, die Vorgänge auf dem Geld- und Kapitalmarkt (Kreditströme). Außerdem geben sie ein Gesamtbild der wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Ausland sowie ein volles Bild der Tätigkeit der Sektoren, ihrer Beziehungen untereinander und mit der übrigen Welt. Angestrebt werden u.a. eine stärkere Verknüpfung mit den Berechnungen der Deutschen Bundesbank, eine bessere Darstellung der Güterströme (und zwar der Vorgänge über den Markt) für 15 bis 20 große Bereiche der Volkswirtschaft sowie eine Aufgliederung des Privaten Verbrauchs und der Investitionen. Schließlich ist auch an eine Popularisierung des Systems und der veröffentlichten Zahlen gedacht.

Der Vertreter des Bundesministeriums der Finanzen hat, wie er ausführt, die Veröffentlichungen mit großem Interesse gelesen und die Wünsche des Statistischen Bundesamtes zum großen Teil als eigene erkannt. Er schlägt vor, einen Arbeitskreis zu gründen, in dem über Fragen der Methode usw. gesprochen werden kann. Überhaupt sei eine intensive Zusammenarbeit der interessierten Stellen auf diesem Gebiet zu wünschen, insbesondere,

nachdem nunmehr mit den veröffentlichten Darstellungen über den Staat als Teil der Volkswirtschaft eine Grundlage vorhanden sei, die es ermögliche, konkreter an die Dinge heranzugehen. Vom Statistischen Bundesamt wird darauf hingewiesen, daß auch dies eine Frage des Personals und der Zeit ist, da bisher alle Kräfte darauf konzentriert worden sind, Zählen herauszubringen. Sobald die für die Diskussion notwendigen Unterlagen vorliegen, können die Probleme im Rahmen der zeitlichen Möglichkeiten wohl am zweckmäßigsten in dem bestehenden Fachausschuß erörtert werden.

Der Vorschlag des Vertreters des Deutschen Städtetages, zur Popularisierung der Gesamtrechnungen eine öffentliche Sitzung des Beirats mit Referaten über die Verwertbarkeit der Gesamtrechnungen und ihre Ergebnisse abzuhalten, wird vom Statistischen Bundesamt wegen der Fülle der Verwendbarkeit des Materials als zu weitgehend angesehen.

Zur Darstellung der Güterströme fragt der Leiter des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, welche Bedeutung evtl. die Durchführung von Input-Output-Rechnungen, die nicht ein Instrument der Planwirtschaft zu sein brauchten, haben würde und wo gegebenenfalls die Kompetenz für diese Berechnungen liege. Er bittet außerdem, wenn möglich, eine schematische Darstellung anzufertigen, die die zusätzlichen Erkenntnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gegenüber den Sozialproduktberechnungen und den Input-Output-Rechnungen aufzeigt. Auch vom Statistischen Bundesamt werden die Input-Output-Rechnungen nicht für ein Instrument der Planwirtschaft, jedoch andererseits auch nicht für eine vordringliche Aufgabe des Amtes gehalten. Die in Arbeit befindliche Darstellung der Güterströme als Teil der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen baut auf dem vorhandenen Material auf, das mit dem Nachweis der Produktion für örtliche Einheiten und Unternehmen keine Basis für die Aufstellung einer echten Input-Output-Rechnung bietet. Für diese sei eine beträchtliche Ausweitung des industriestatistischen Programms notwendig, für die weder die gesetzlichen Grundlagen noch die Arbeitskräfte vorhanden seien. Vor allem dürfte aber auch für ein marktwirtschaftliches System eine Darstellung der Marktvorgänge wichtiger sein.

Auch der Vertreter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung spricht sich für eine Behandlung der Probleme im Fachausschuß aus. Unter Hinweis auf die vom Ifo-Institut ermittelten und in Verbindung mit seinem Institut jährlich veröffentlichten Zahlen stellt er die Notwendigkeit amtlicher Investitionserhebungen in Frage. Das Statistische Bundesamt ist dagegen der Auffassung, daß für derartige repräsentative Ermittlungen zuverlässiges Grundlagenmaterial in Form einer Totalerhebung erforderlich sei und daß es bisher keine Anhaltspunkte für die Richtigkeit der Hochrechnungen gebe. Es sei auch nicht, wie der Vertreter des Instituts befürchtet, etwa an eine jährliche Befragung aller Betriebe nach ihren Investitionen gedacht, sondern zunächst eine einmalige Ermittlung im Rahmen des internationalen industriestatistischen Programms 1963 vorgesehen. Auf jeden Fall müsse sich aber das Statistische Bundesamt um die Lösung einer der wichtigsten Fragen der amtlichen Statistik bemühen.

Dr. Raabe vom Bundesministerium für Wirtschaft schlägt vor, die Priorität der für die Ressorts besonders wichtigen Standardtabellen, d.h. die Ergänzungen zum eigentlichen Kontensystem, vordringlich im Fachausschuß zu beraten. Vom Statistischen Bundesamt wird hierzu um Vorschläge der Ressorts gebeten.

Auf Fragen des Leiters des Hessischen Statistischen Landesamtes wird vom Statistischen Bundesamt festgestellt, daß Sozialproduktstabellen wie bisher, evtl. mit etwas feinerer Untergliederung, veröffentlicht werden und daß bei der Untergliederung der Konten nach Gebietskörperschaften nur die Summe der Länder ausgewiesen wird.

2. Stand der Arbeiten an den neuen Systematiken der Wirtschaftszweige und Zeitpunkt der Umstellung bei den einzelnen Statistiken

Mit der Aufstellung der neuen Systematik der Wirtschaftszweige ist das Statistische Bundesamt, wie der Vorsitzende ausführt, bei einer seiner gesetzlich festgelegten Koordinierungsaufgaben einen großen Schritt weiter gekommen. Die Arbeiten an der Grundsystematik haben eine Fülle von Problemen aufgeworfen, bei deren Lösung manchmal neuartige Wege beschritten wurden. Die neue Systematik ermöglicht es, daß die wirtschaftlichen Insti-

tutionen mit allen erfaßten Tatbeständen, Vorgängen usw. künftig in allen Statistiken nach gleichen Gesichtspunkten gegliedert werden können. Neben der Grundsystematik werden demnächst die gekürzten Fassungen für die Arbeitsstättenzählung und für die Berufszählung 1961 sowie die bei diesen Zählungen als Signierhilfsmittel vorgesehene Systematik der Wirtschaftszweige mit Betriebs- u.ä. Benennungen und ein alphabetisches Verzeichnis dieser Benennungen veröffentlicht werden. Auf die zunächst als "Umsteigeschlüssel" vorgesehene getrennte Herausgabe einer Gegenüberstellung der Grundsystematik der Wirtschaftszweige mit den Systematiken für die Arbeitsstätten- und die Berufszählung 1961 ist verzichtet worden. Sie wurde in die Systematik der Wirtschaftszweige mit Betriebs- u.ä. Benennungen mit eingearbeitet. Auch für andere Statistiken sollen gekürzte (u.U. aber auch erweiterte) Fassungen der Systematik erarbeitet werden. Von der Vertreterin des Gesamtverbandes gemeinnütziger Wohnungsunternehmen wird gefragt, ob bei der Aufstellung der neuen Systematik daran gedacht worden sei, evtl. eine Untergliederung nach morphologischen Gesichtspunkten, worunter von ihr z.B. die Gliederung nach gemeinnützig/nicht gemeinnützig verstanden wurde, vorzusehen. Vom Statistischen Bundesamt wird erwidert, daß solche Gliederungen nur an schwer greifbare statistische Merkmale angeknüpft und darum vorläufig wohl auch nicht realisiert werden können.

Der Direktor des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften beglückwünscht das Statistische Bundesamt zu dieser Arbeit, die u.a. auch wieder gezeigt habe, wie schwer es oft ist, einen einfachen von ihm seit langer Zeit propagierten Gedanken durchzusetzen.

3. Die einheitliche Zuordnung der Unternehmen und Betriebe zu den Wirtschaftszweigen in den einzelnen Statistiken

Vom Statistischen Bundesamt wird einleitend darauf hingewiesen, daß die Lösung dieses Komplexes neben der einheitlichen Anwendung der neuen Systematik der Wirtschaftszweige die zweite wichtige Voraussetzung für eine bessere Vergleichbarkeit der Ergebnisse in den verschiedenen Statistiken und ihre Einordnung in das statistische Gesamtbild darstellt. Es handelt sich dabei

allerdings um eine organisatorische Frage der Aufbereitung, die vor allem die Leiter der Statistischen Landesämter betrifft.

Der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft begrüßt den hierfür von den Amtsleitern eingesetzten Arbeitskreis und erklärt, daß für die Festlegung des Schwerpunktes der Unternehmen usw. vor allem die richtige Erfassung und Ordnung der Fakten - und damit auch die Frage der Erhebungseinheit - wichtig sei. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, daß z.B. der Export-Umsatz der Berliner Elektroindustrie um 160 Mill. DM von den Ergebnissen der Außenhandelsstatistik abweicht. Vom Statistischen Bundesamt wird hierzu erläutert, daß in der Industrieberichterstattung der "Umsatz" und nicht der "Versand" erfaßt wird. In der unterschiedlichen Bedeutung dieser beiden Merkmale liegen gerade bei diesem wichtigsten Berliner Exportzweig, der seine Auslandsumsätze zum großen Teil über Zweigstellen im übrigen Bundesgebiet tätigt, erhebliche Differenzen. Nach der derzeitigen gesetzlichen Regelung müssen jedoch die Umsätze erfragt werden. Die - bei der Erhebungseinheit "Betrieb" an sich logische - Erfassung des Versandes, mit dem z.B. auch die Lieferungen von örtlicher Einheit zu örtlicher Einheit nachgewiesen werden, würde eine erhebliche Erweiterung der Fragestellung voraussetzen.

4. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Die Darlegungen im Amtsbericht werden vom Statistischen Bundesamt noch einmal zusammenfassend erläutert und die Unterschiede zwischen dem Nachfrage- und dem Verbrauchskonzept herausgestellt. Eine Beschränkung auf das reine Nachfragekonzept (Marktentnahme durch Käufe oder unterstellte Käufe) ist unbefriedigend, da z.B. die Lebenshaltung vor allem in den Haushalten der unteren Einkommensschichten in starkem Maße durch Übertragungen von Sachleistungen usw. beeinflusst wird. Demgegenüber steht das umfassendere, aber in der Praxis nicht voll realisierbare Verbrauchskonzept, d.h. die Ermittlung eines bestimmten Periodenverzehrs, der nicht nur aus Käufen der Haushalte, sondern auch aus empfangenen Sachübertragungen, der Verringerung von Vorräten, dem Verbrauch aus eigener Produktion bestehen kann und in den auch die Staatsleistungen einbezogen werden müßten. Unter

Abwägung der Ziele und Möglichkeiten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe beabsichtigt das Statistische Bundesamt, die beiden Konzepte, soweit möglich, miteinander zu verbinden, d.h. die vollständige Erfassung der Käufe durch Teile des Verbrauchskonzepts (z.B. Erfassung der Geschenke und Übertragungen) zu ergänzen. Im einzelnen müssen die Fragen noch eingehend im Fachausschuß beraten werden.

Der Vertreter des Arbeitskreises für Marktforschung auf europäischer Ebene fragt, inwieweit das Statistische Bundesamt bereits Verbindung mit Instituten aufgenommen hat, die schon über Erfahrungen auf diesem Gebiet verfügen. Präsident Dr. Fürst weist auf die Tradition der amtlichen Statistik bei der Erhebung von Wirtschaftsrechnungen hin und auf die Kontakte zum Ausland, wo z.B. in England Einkommens- und Verbrauchsstichproben bereits in größerem Ausmaß durchgeführt worden sind. Des weiteren stellt der Vorsitzende klar, daß die amtliche Statistik für allgemeine wirtschaftspolitische Zwecke arbeite. Sie könne daher auch nicht auf für die Marktforschung interessante Details hinstreben, wie sie andererseits auch keine "Konkurrenz" für die Marktforschungsinstitute darstelle.

Der Vertreter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung befürwortet zunächst das Verbrauchskonzept, da nach seiner Auffassung die mit den zusätzlichen Darstellungen zusammenhängenden Fragen theoretisch nicht mehr strittig sein können. Er stimmt jedoch dann den Einwendungen des Statistischen Bundesamtes zu, daß eine Realisierung dieser Möglichkeiten (z.B. der Erfassung der Staatsleistungen, der hauswirtschaftlichen Produktion usw.) fraglich sei.

Volle Unterstützung findet die Auffassung des Statistischen Bundesamtes bei dem Direktor des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, der das Ergebnis der bisherigen Vorbereitungsarbeiten, die die ganze Problematik des Vorhabens aufzeigten, als durchaus positiv bezeichnet. Durch die vorgesehene Verbindung der beiden Konzepte werden immerhin annähernde Vorstellungen über den Verbrauch vermittelt werden. Man müsse sich damit abfinden, daß der Verbrauch nicht bis in die letzten Einzelheiten offengelegt werden kann, zumal über die

Inanspruchnahme des Marktes durch die Einkommen auch von anderer Seite (z.B. von der Produktion her) Unterlagen vorhanden sind. Die geplanten Ermittlungen werden aber über die Jahrzehnte hinweg wertvolle Einblicke in die Veränderungen der Verbrauchsstruktur gewähren. Besonders interessant werden auch die Aufschlüsse über die Ausgaben mit Investitionscharakter sein, da der Konsum allein nicht die effektive Lebenshaltung aufzeigt.

Der Vertreter des Bundesverbandes der Deutschen Industrie ist der Auffassung, daß man den Konsumgüterverbrauch mit dieser Erhebung nicht messen sollte. Man könne diese Aufgabe mit dem Nachfragekonzept nur annähernd lösen. Er weist auf die Problematik, die z.B. in der Erfassung der Geschenke sowie in der 25 DM-Grenze für die monatlichen Anschreibungen liegt. Der Leiter des Bayerischen Statistischen Landesamtes fragt, ob das Konzept nicht in gewissem Sinne durch die Kalkulation der Kosten für die Gesetzesvorlage festgelegt sei und ob diese Kosten möglicherweise nachher überschritten werden könnten. Vom Vorsitzenden wird hierauf, wie auch auf die Erwähnung der 25-DM-Grenze, erwidert, daß es sich dabei um rein technische Probleme handele, die gelöst werden könnten. Der Leiter des Statistischen Landesamtes Hamburg hält es für richtig, die Stichprobe auf ein möglichst weit realisierbares Verbrauchskonzept abzustellen, innerhalb dessen das Nachfragekonzept ohnehin erfüllbar sei.

Die Grundzüge der Gliederung der Güter des privaten Verbrauchs, die im folgenden vom Statistischen Bundesamt an Hand der wichtigsten Gliederungsmöglichkeiten aufgezeigt werden, sollen gemeinsam von den Fachausschüssen "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen" und "Preis- und Lohnstatistik" beraten werden. Das Statistische Bundesamt geht von der Vorstellung aus, daß die bisherige, traditionelle Gliederung der Wirtschaftsrechnungen nicht mehr das Haupt- oder einzige Gliederungsprinzip darstellen sollte, da es schwierig bzw. unmöglich sei, eine saubere Abgrenzung nach dem letzten Verwendungszweck der Güter und Leistungen zu finden. In Zukunft sollten die Güter einmal nach dem produktionstechnischen Zusammenhang (etwa nach einem modifizierten Warenverzeichnis für die Industriestatistik usw.), zum anderen nach Waren und Dienstleistungen und die ersteren nach

der Dauerhaftigkeit (Verbrauchsgüter und Gebrauchsgüter, für letztere sind 2 Gruppen vorgesehen) gegliedert werden. Weitere Gliederungsgesichtspunkte lassen sich voraussichtlich höchstens teilweise verwirklichen. Wichtig ist schließlich, daß die Gliederung möglichst einheitlich in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, der Preisstatistik und den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen angewandt wird.

Vom Direktor des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften wird vor allem auch die Loslösung von dem "legendären" 4-Personen-Haushalt und die Gliederung der Verbraucher nach Einkommensstufen begrüßt. Die Erhebungen dürften insbesondere auch für Konjunkturpolitik und Konjunkturanalyse wichtige Aufschlüsse geben. Der Leiter des Statistischen Landesamtes Hamburg bittet, bei den Überlegungen zu einer neuen Gliederung auch daran zu denken, daß der Anschluß an eine beinahe hundert-jährige Reihe gewahrt bleiben sollte. Auch der Leiter des Statistischen Landesamtes Nordrhein-Westfalen spricht sich dafür aus, daß das alte Gliederungsprinzip - allerdings unter gewissen Umstellungen in der Zuordnung - neben dem neuen beibehalten wird. Der Vorsitzende stimmt diesen Vorschlägen für die nächste Zeit grundsätzlich zu. Die Einzelheiten sollen jedoch erst noch in dem genannten gemeinsamen Ausschuß behandelt werden. Die vom Vertreter der Deutschen Bundesbahn gestellte Frage nach der Hochrechnung wird erst an Hand der Ergebnisse geklärt werden können.

Zum Termin für den Beginn der Erhebungen schlägt der Leiter des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg vor, anstelle des 1. Januar den 1. April 1962 zu wählen. Die Bitte wird - u.a. auch unter Hinweis auf das benötigte Auswahlmaterial aus der Herbsthebung 1961 des Mikrozensus - vom Leiter des Statistischen Landesamtes Nordrhein-Westfalen unterstützt, der auch die Notwendigkeit des Erhebungsbeginns am 1. Januar 1962 bezweifelt. Hierzu erklärt der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft, daß die Forderungen nach Ergebnissen von den Stellen kommen, die für die Sozialpolitik verantwortlich seien. Der Direktor des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften weist auf das große Interesse vieler Stellen hin; er ist jedoch der Auffassung, daß vor allem die Gewähr gegeben

sein muß, brauchbare Ergebnisse zu erzielen. Notfalls müßten daher - allerdings auch nur kleinere - Verzögerungen in Kauf genommen werden. Das Kalenderjahr sollte daher in diesem Fall auch nicht unbedingt als Erhebungszeitraum verbindlich sein. Der Vorsitzende stimmt den Bedenken in gewisser Weise zu. Mit Rücksicht darauf, daß der Beginn der Erhebungen mitten im Jahr zwangsläufig gewisse Unsauberkeiten vor allem bei den Einkommensermittlungen für Selbständige mit sich bringe, bittet er jedoch, diese Frage zunächst im Fachausschuß und insbesondere mit den durchführenden Stellen noch einmal zu prüfen.

5. Die internationalen industriestatistischen Programme

Vom Statistischen Bundesamt wird einleitend eine zusammenfassende Darstellung der Ausführungen im Amtsbericht nach dem neuesten Stand gegeben. Danach haben sich die Pläne, über die im Vorjahr berichtet wurde, inzwischen weitgehend konkretisiert. Zum Weltprogramm der UN ist von der ECE ein europäisches Programm aufgestellt worden. Außerdem hat das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften einen ersten Entwurf für ein einheitliches Frageprogramm für die Mitgliedstaaten der EWG ausgearbeitet, das für die Bundesrepublik in der Praxis von Bedeutung sein wird. Ein erheblicher Teil der benötigten Angaben für die Bundesrepublik kann voraussichtlich aus dem laufenden industriestatistischen Programm entnommen werden. Größere zusätzliche Belastungen ergeben sich im Rahmen der erforderlichen Zusatzerhebungen vor allem durch die Erfassung der Investitionen und evtl. der Kraftmaschinen.

Der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft macht auf die Problematik einzelner Fragen im Entwurf des EWG-Programms bzw. ihre nicht immer erkennbare Notwendigkeit (Unterscheidung nach inner- und außerhalb der Produktion Tätigen, Gliederung des Exports der Industrie nach dem Verbleib der Erzeugnisse sowie Fragen nach dem Rohstoffeinsatz) aufmerksam. Auch Präsident Dr. Fürst sieht keine Notwendigkeit, daß die genannte Gliederung der Beschäftigten, die vielfach auf Grund der marxistischen Vorstellungen der Ostblockstaaten in das internationale Programm Eingang gefunden haben, übernommen wird. Die Gliederung des Exports wird vom Vertreter des Bundesverbandes der Deutschen Industrie als ein Branchenproblem angesehen. Der

Leiter des Hessischen Statistischen Landesamtes bittet, dafür zu sorgen, daß die Anforderungen von vornherein auf das notwendige Maß reduziert werden. Der Vorsitzende bemerkt hierzu, daß er sich - ebenso wie auch Dr. Wagenführ - in diesem Sinne eingesetzt habe. Dagegen sieht der Vertreter des Bundesverbandes der Deutschen Industrie in einer zu sehr ablehnenden Haltung eine gewisse Gefahr, weil dann vielfach versucht wird, das gewünschte Material über Befragung durch nichtamtliche Stellen zu beschaffen. Der Vorsitzende bestätigt dies und weist ergänzend darauf hin, daß die französische und die italienische Statistik dieser Tendenz dadurch entgegenwirken wollen, daß sie selbst möglichst viel derartige Aufträge gegen Bezahlung übernehmen und sie mit Hilfe ihrer Mikrozensusorganisationen ausführen wollen. Man sollte daher dieses Problem nicht nur von der augenblicklich schwierigen Arbeitsmarktsituation sehen, auf die der Leiter des Statistischen Landesamtes Nordrhein-Westfalen in diesem Zusammenhang nochmals ausdrücklich hingewiesen hat.

6. Statistische Unterlagen für die Messung der Konzentration

Der Vorsitzende geht einleitend nochmals kurz auf die wichtigsten der im Amtsbericht aufgezeigten Probleme ein, die das Bereitstellen von geeignetem Material für die Messung der Konzentration aufwirft. Da der Untersuchungsbericht laut Gesetz in zwei Jahren vorzulegen ist, werden sich die Unterlagen weitgehend auf vorhandene Statistiken stützen müssen. Der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft bemerkt, daß die Statistik für die geforderten Zwecke noch nicht genügend entwickelt sei. Er schlägt vor, ein Gremium zu bilden, das die damit zusammenhängenden Probleme mit neueren statistischen Methoden etwas mehr "in den Griff" bekommt. Der Vorsitzende verweist auf die langjährigen Bemühungen des Statistischen Bundesamtes, die Bedeutung des Unternehmens als Darstellungseinheit herauszustellen. Er betont insbesondere die Zweckmäßigkeit einer zentralen Unternehmenskartei der großen Unternehmen im Statistischen Bundesamt und die Notwendigkeit, die Unternehmensgrößen nicht nur am Umsatz und an der Zahl der Beschäftigten, sondern auch an der "Nettoleistung" zu messen. Das Beschaffen des Materials ist weitgehend eine Aufbereitungsaufgabe. Zunächst wer-

den die evtl. konkreten Wünsche der vom Gesetzgeber eingesetzten Kommission abgewartet werden müssen. Danach muß, ggf. in den Fachausschüssen, überlegt werden, wie die Wünsche im einzelnen realisiert werden können.

Der Vertreter des Bundesverbandes der Deutschen Industrie gibt seiner Verwunderung Ausdruck, daß der genannten Kommission kein Statistiker angehört. Er würde es begrüßen, wenn die angekündigte besondere Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Präsident Dr. Fürst arbeiten würde. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß der Präsident des Statistischen Bundesamtes als "ständiger Gast" zu den Sitzungen der Kommission geladen wird. Auch der Direktor des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften befürwortet die Bildung einer solchen Arbeitsgruppe von Fachleuten, wozu nach Auffassung des Vorsitzenden allerdings die Initiative mehr vom Sekretariat der Enquête ausgehen müste. Im übrigen verweist er auf die in seinem Institut vorbereitete Unternehmenskartei, die in Kürze mit allen notwendigen Unterlagen fertiggestellt und auch veröffentlicht wird.

7. Die Umstellung der Preis-, Lohn- und Mengenindices auf das Basisjahr 1958

Besondere Besprechungsunterlage: Ausarbeitung "Zur Frage der Berechnung durchlaufender Indexreihen".

Der Vorsitzende zeigt noch einmal kurz die im Amtsbericht und in der besonderen Besprechungsunterlage dargelegten wichtigsten Probleme auf, die sich im Zusammenhang mit der Neuberechnung der Indices ergeben. Dabei handelt es sich einmal um die Frage der Einbeziehung des Saarlandes in die Wägungsunterlagen und Fortschreibungsreihen, bei der eine theoretisch einwandfreie Lösung nicht möglich ist. Zum anderen ergibt sich ein besonderes Problem aus der Notwendigkeit, für verschiedene Zwecke langfristige Reihen berechnen zu müssen. Hier sollte die Entscheidung über das anzuwendende Verfahren (Rückrechnung oder/und Verkettung mit dem alten Index) im Einzelfall nach den vorliegenden Umständen an Hand der Ergebnisse der Neuberechnung und aufgrund eines Vergleiches zwischen dem Verlauf des alten und des neuen Index seit 1958 sowie der Kontrollrechnungen für frühere Zeitpunkte getroffen werden. Bei dem als ersten umgestellten Preisindex für die Lebenshaltung erscheint es zweck-

mäßig, den neuen Index bis einschließlich 1957 zurückzurechnen, da der neue Warenkorb die Verhältnisse für dieses Jahr richtiger wiedergibt als der "Warenkorb 1950". Der zurückgerechnete neue Index soll dann mit dem alten bis 1956 berechneten Index auf Basis 1950 verkettet werden.

Auf den Hinweis des Vertreters des Deutschen Städtetages, daß die Städte an einer Fortführung der alten Indices interessiert seien, um langfristige Reihen ohne einen Bruch zu haben, antwortet der Vorsitzende, daß eine doppelte Berechnung aus arbeitsmäßigen Gründen nicht zu vertreten sei. Eine Rückrechnung des neuen Index bis 1950 sei aber u.a. wegen des Fehlens der erforderlichen Unterlagen nicht möglich. Darum sei für die Aufstellung langfristiger Reihen zu der genannten Lösung einer Verbindung der beiden Indices gegriffen worden. Der Vertreter der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände erklärt hierzu, daß er diese Lösung sehr begrüßt.

Der Vertreter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung empfiehlt, bei den Betrachtungen zwischen Lohn-, Preis- und Produktionsindices zu unterscheiden. Bei den Preisindices sollte auch dem Bedürfnis nach einem Index Rechnung getragen werden, der nicht aufgrund eines festen Warenkorbs, sondern mit wechselnder Gewichtung entsprechend der Entwicklung der Mengenrelationen berechnet wird. Er weist ferner darauf hin, daß das Statistische Bundesamt durch seine Kontrollberechnungen zum Preisindex dazu beigetragen habe, das Gespräch über den Konjunkturablauf zu versachlichen, und bittet daher, die Berechnungen weiterzuführen. Vom Statistischen Bundesamt wird bestätigt, daß die Untersuchungen auch in Zukunft durchgeführt und, wie gewünscht, auch - soweit mit dem vorhandenen Material möglich - auf den Erzeugerpreisindex erstreckt werden.

Der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft begrüßt die allgemeine Umstellung der Indices sehr. Er betont den Wunsch nach Vergleichszahlen ab 1950 und die Notwendigkeit, das Saarland in den Produktionsindex mit einzubeziehen sowie für diesen Index auch Zahlen für das Bundesgebiet "einschließlich Berlin (West)" zu berechnen. Diese Zahlen sollten zumindest seinem Ministerium zugänglich gemacht werden, während vor einer evtl. Veröffentlichung ggf. noch mit dem Bundesministerium des Innern

zu verhandeln wäre. Der Vorsitzende erklärt, daß das Saarland in allen Indices entsprechend den vorhandenen Möglichkeiten berücksichtigt wird. Die zusätzliche Berechnung eines Produktionsindex, der Berlin (West) einschließt, würde in der Gliederung nach größeren Industriezweigen durchaus möglich sein, bei einer Feingliederung jedoch die Rechenarbeiten sehr vergrößern.

Der Direktor des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften schlägt vor, mit der bevorstehenden Umstellung des Produktionsindex für Vergleiche mit der Vorkriegszeit künftig einheitliche Vergleichszahlen für 1938 (zumindest neben den bisherigen für 1936) zu bringen, da der Vergleich mit 1936 nicht immer zu richtigen Vorstellungen führt. Das Statistische Bundesamt, das übrigens bereits einmal in Sonderheft 8 der Veröffentlichungsreihe "Die Industrie der Bundesrepublik Deutschland" entsprechende Vergleiche gezogen hat, wird, wenn von anderer Seite keine Bedenken bestehen, künftig auch einmal Vergleichszahlen für 1938 bringen.

- A. III. Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes in nationalen Organisationen und Ausschüssen
- A. IV. Beteiligung des Statistischen Bundesamtes an der internationalen statistischen Arbeit

Besondere Besprechungsunterlage: Bericht über die 8. Plenarsitzung der Konferenz Europäischer Statistiker

Zu diesen Punkten, die überwiegend der Information der Beiratsmitglieder dienen sollen, weist der Vorsitzende nochmals auf die zunehmende Belastung der leitenden Kräfte des Statistischen Bundesamtes durch die internationalen Tagungen und die damit verbundenen Arbeiten hin. Dem Vorschlag des Leiters des Bayerischen Statistischen Landesamtes, zu den internationalen Verhandlungen auf dem Gebiet der Bundesstatistik zur Entlastung des Bundesamtes evtl. auch Vertreter der Statistischen Landesämter heranzuziehen, würden die Bestimmungen des Grundgesetzes entgegenstehen.

Auf Wunsch des Vertreters des Auswärtigen Amtes gibt Präsident Dr. Fürst im folgenden einen kurzen Überblick über allgemeine Fragen der Zusammenarbeit mit den Vertretern der Ostblockstaaten auf den internationalen Tagungen. Er nimmt ferner auf Anfrage des Vertreters des Bundesministeriums für Wirtschaft zu

einigen Widersprüchen Stellung, die sich im Zusammenhang mit der Vorbereitung einer Stahlvorratsstatistik bei der ECE ergeben haben. Der Vertreter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung weist darauf hin, daß in den letzten Jahren Veröffentlichungen aus der UdSSR und den anderen Ostblockstaaten in großer Zahl vorliegen, daß es jedoch mit den viel zu geringen Mitteln nicht möglich sei, dieses Material auch nur annähernd auszuwerten.

An die Mitteilung im Amtsbericht (S. 69) über die beabsichtigte Koordinierung der Produktionsindices in den Mitgliedsländern der EWG knüpft der Leiter des Hessischen Statistischen Landesamtes die Bitte an das Statistische Bundesamt, sich auch um die Koordinierung der Länderindices in der Bundesrepublik zu bemühen. Vom Statistischen Bundesamt wird auf mehrere Referentenbesprechungen im Jahre 1960 und 1961 hingewiesen, die sich mit diesem Thema bereits befaßt haben. Für die neuen Indices auf Basis 1958 sei von vornherein eine Koordinierung mit den Länderindices vorgesehen.

2. Sitzungstag (4. Mai 1961)

B. Bericht über die Arbeiten zum Zählungswerk 1960/62

I. Vorbemerkungen

Vom Statistischen Bundesamt wird kurz über den derzeitigen Stand der organisatorischen Vorbereitung des Zählungswerks berichtet und u.a. auf die Öffentlichkeitsarbeit hingewiesen, die mit ihren verschiedenen Einzelaktionen nach einem besonderen Zeitplan ablaufen wird.

II. Landwirtschaftszählung 1960

Dank der Mitwirkung aller Beteiligten, insbesondere der Gemeinden, ist die Haupterhebung, wie das Statistische Bundesamt berichtet, ordnungsgemäß abgelaufen. Die ersten Ergebnisse zeigen bereits einen starken Rückgang der kleineren Betriebe und haben damit die Fortschreibungsergebnisse bestätigt. Die Vorbereitun-

gen für die im Amtsbericht aufgeführten Nacherhebungen über Gartenbau, Forstwirtschaft und Landarbeitskräfte sind im wesentlichen abgeschlossen.

III. Handels- und Gaststättenzählung 1960

Die Grunderhebung konnte, wie vom Statistischen Bundesamt erklärt wird, wegen der bekannten Schwierigkeiten noch nicht ganz abgeschlossen werden. Das Ausfüllen der Bogen ist nicht durchweg zur vollen Zufriedenheit ausgefallen. Erste Ergebnisse werden aus den genannten Gründen nicht - wie vorgesehen - im Herbst, sondern erst Ende 1961 zu erwarten sein. Neben der Gliederung nach der neuen Grundsystematik der Wirtschaftszweige werden noch einige systematische Sondergliederungen vorgenommen werden. Die Ergänzungserhebung, die mit unterschiedlichen Repräsentationssätzen 15 % aller Unternehmen erfaßt, wird nicht in allen Ländern einheitlich vor der Arbeitsstättenzählung, sondern für den Einzelhandel in vier Ländern erst im Herbst durchgeführt werden. Die Auswahlpläne wurden den Statistischen Landesämtern übermittelt. Im Saarland wird die Grunderhebung erst im Herbst 1961 mit um ein Jahr verschobenen Berichtszeiträumen durchgeführt werden.

Der Leiter des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz erklärt, daß wegen der sehr großen Schwierigkeiten mit dem Adressenmaterial der Finanzämter eine künftige Erhebung nur noch im Anschluß an eine Arbeitsstättenzählung durchgeführt werden sollte. Über die Erfahrungen mit dem Ablauf der Zählung, die in den Ländern verschieden sind, wird vom Statistischen Bundesamt ein Erfahrungsbericht herausgegeben werden. Die Frage des Vertreters des Bundesministeriums für Wirtschaft, ob die Ergebnisse durch das z.T. schlechte Adressenmaterial beeinflußt werden könnten, wird vom Statistischen Bundesamt verneint. Im übrigen wird durch einen Vergleich mit den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung die Vollständigkeit der Erfassung beim Handelszensus überprüft werden können.

IV. Volks- und Berufszählung 1961

Nach einem kurzen Überblick über den derzeitigen Stand der Vorbereitungsarbeiten wird vom Statistischen Bundesamt unter Hinweis auf die Ausführungen im April-Heft 1961 von "Wirtschaft

und Statistik" über die grundsätzlichen Fragen des Tabellenprogramms und der Bereitstellung der Ergebnisse berichtet. Bei bisher zeitgerechtem Ablauf der Vorbereitungsarbeiten bereitet das Programmieren des Tabellenprogramms in terminlicher Hinsicht noch gewisse Sorgen. Aufgrund des Einsatzes der neuen elektronischen Maschinen liegt der Zeitpunkt für den endgültigen "Redaktionsschluß" am Tabellenprogramm erheblich früher als bei vorangegangenen Zählungen. Selbst kleinere Änderungswünsche können jetzt wochenlange Programmierarbeiten illusorisch machen. Daher muß das Programm als endgültig abgeschlossen angesehen werden. Die große sachliche und regionale Gliederungstiefe des Tabellenprogramms, die einerseits durch die technischen Voraussetzungen ermöglicht wurde, hat andererseits auch neue Überlegungen über die zweckmäßigste Art der Bereitstellung der Ergebnisse notwendig gemacht. Als Vorstufe des eigentlichen Tabellenprogramms und zugleich breiteste Stufe für den Nachweis des Materials sind die Summenkarten anzusehen, mit deren Hilfe die gewünschten Tabellierungen vorgenommen werden können. Die zweite Stufe stellen die Nachschlagetabellen dar, die regional besonders tief gegliedert und über das eigentliche Veröffentlichungsprogramm, die dritte Stufe, erheblich hinausgehen. Die Erfahrungen mit dieser Stufung und Differenzierung¹ müssen abgewartet werden. Fest steht, daß die Öffentlichkeit über die Veröffentlichungen hinaus über das in den ersten Stufen vorhandene Material unterrichtet werden muß. Termine können zur Zeit noch nicht genannt werden. Eine Besonderheit ergibt sich diesmal dadurch, daß alle Tabellen in sehr kurzer Zeit hintereinander anfallen werden.

V. Arbeitsstättenzählung 1961

In Ergänzung zu den Ausführungen im Amtsbericht, die nochmals kurz erläutert werden, wird vom Leiter des Niedersächsischen Amtes nach der Regelung für die Erfassung der deutschen militärischen Einheiten gefragt, die der NATO unterstehen. Da eine Sonderregelung für diese Fälle bisher nicht vorgesehen war, wird der Vertreter des Bundesministeriums für Verteidigung diese Frage sofort in seinem Ministerium klären.

VI. Wohnungsstatistische Feststellungen 1961

Die Gebäudevorerhebungen werden nach den vorliegenden Informationen allenthalben glatt verlaufen. Der Leiter des Statistischen Amtes des Saarlandes weist darauf hin, daß nach dem Ergebnis der Gebäudevorerhebungen eine eingehende Überprüfung der Gebäudelisten sowohl durch die Gemeinde als auch durch den Zähler notwendig sein wird, und bittet um entsprechende Hinweise bei den Zählerschulungen.

VII. Verkehrszensus 1962

Vom Statistischen Bundesamt wird einleitend noch einmal auf die beiden großen Komplexe der Zählung, die Erfassung der Arbeitsstätten und Unternehmen der Verkehrswirtschaft, also des gewerblichen Verkehrs, sowie die Erfassung des Werkverkehrs durch Stichprobenerhebungen mit einem Auswahlatz von etwa 15 vH, hingewiesen. In der systematischen Gliederung wird über die Grundsystematik der Wirtschaftszweige, z.B. durch Kombinationen, hinausgegangen und ein sehr tief gegliedertes Tabellenprogramm vorgelegt werden, mit dessen Hilfe Auskünfte über die Struktur der Verkehrswirtschaft und die Verkehrstätigkeit in den übrigen Wirtschaftsbereichen gegeben werden sollen. Daneben werden auch Angaben aus der Betriebsrechnung ausgewertet und Umsätze, wichtige Kosten, Investitionen usw. ermittelt werden. Nach einem gewissen Abschluß der Arbeiten an den Fragebogen etwa Ende Mai 1961 wird das Tabellenprogramm aufgestellt und mit den zuständigen Stellen besprochen werden.

Der Vertreter des Bundesministeriums für Verkehr hat den Auftrag, dem Statistischen Bundesamt und den beteiligten Stellen Dank zu sagen für die umfangreiche Arbeit an den Erhebungsbogen. Er weist gewisse Vorwürfe gegenüber seinem Ministerium, es habe sich mit dem Verkehrszensus an der "Flutwelle" der Statistik beteiligt, zurück und bittet zu bedenken, daß das Adressenmaterial der Arbeitsstättenzählungen nur alle zehn Jahre einmal überhaupt Gelegenheit zu einer derartigen Erhebung gebe. Auch habe man s.Z. alle Vorkehrungen getroffen, damit die Volkszählung auf keinen Fall gefährdet werden konnte.

Auf die in diesem Zusammenhang vom Vertreter der Deutschen Bundesbahn angeschnittene Frage nach der Ermittlung der Pendler

verweist das Statistische Bundesamt auf die entsprechenden Fragen der Haushaltsliste. Eine Kombination dieser Angaben mit Angaben über Wohnungswünsche ist jedoch zur Zeit ausgeschlossen. Die vom Leiter des Statistischen Landesamtes Hamburg im ersten Fragebogenentwurf trotz entsprechender Vereinbarung vermißten Fragen zur Feststellung der richtungsmäßigen und warenmäßigen Spezialisierung des Verkehrsgewerbes sind, wie vom Statistischen Bundesamt mitgeteilt wird, nachträglich trotz ablehnender Haltung der beratenden Organe aufgenommen worden. Die von gleicher Seite kommende und vom Vertreter des Deutschen Städtetages unterstützte Frage, ob an eine regionale Unterteilung gedacht sei, die Strukturdaten auch in großen Städten zulasse, wird vom Statistischen Bundesamt dahingehend beantwortet, daß Gelegenheit gegeben sei, gut ausgegliederte Regionaltabellen aufzustellen, und daß hierüber noch im Fachausschuß beraten werden soll.

In einer zusammenfassenden Bemerkung weist der Leiter des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein darauf hin, daß Probeerhebungen und Nachkontrollen nicht in allen Teilen des Zählungswerks 1960/62 im erforderlichen Umfang durchgeführt und ~~vorgesehen~~ ~~sein~~ seien. Es wäre zu bedenken, wie sichergestellt werden könnte, daß für alle Erhebungen des Zählungswerks 1970 ausreichende Probeerhebungen und Nachkontrollen durchgeführt werden. Präsident Dr. Fürst erinnert an die eingehende Besprechung der Kontrollpläne mit den Leitern der Statistischen Landesämter. Es seien bei diesen Arbeiten, die künftig mit in das allgemeine Programm hineingehörten, einige Fortschritte erzielt worden, und es sei zu hoffen, daß diesen Dingen künftig allgemein noch mehr Verständnis entgegengebracht würde.

C. Berichte der Abteilungen

I. Allgemeine Organisation der Statistik

Die letzte Sitzung der Arbeitsgruppe für elektronische Datenverarbeitung in der Konferenz Europäischer Statistiker hat gezeigt, daß die europäischen Länder 1961/62 schrittweise auf elektronische Rechenanlagen übergehen. In den bereits weiter entwickelten USA konnten u.a. durch die Anwendung eines automatischen Lesege-

rätes - das allerdings eine andere Befragungstechnik und eine aufwendigere Zählerorganisation voraussetzt - wesentliche Terminverkürzungen bei der Volkszählung 1960 erzielt werden. Trotz gewisser Schwierigkeiten ist damit zu rechnen, daß die erste Kleinanlage vom Typ 1401 dem Statistischen Bundesamt in Kürze geliefert wird. Vom Leiter des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz wird aufgrund mehrfacher Verschiebung der Liefertermine befürchtet, daß evtl. die Aufbereitung des Zählungswerkes zeitlich gefährdet werden könnte. Das Statistische Bundesamt wird sich nochmals mit Nachdruck um die rechtzeitige Lieferung bemühen.

Die beabsichtigte Neuherausgabe der Veröffentlichung über "Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik" wird vom Leiter des Statistischen Landesamtes Berlin sehr begrüßt. Da dieses wichtige Nachschlagewerk leider nach relativ kurzer Zeit überholt sei, rege er die Herausgabe einer Loseblattausgabe an. Der Übergang von einer dreisprachigen zu drei getrennten Ausgaben des Statistischen Taschenbuchs wird im Auswärtigen Amt unterschiedlich aufgenommen. Das Statistische Bundesamt verspricht sich von diesem Versuch eine Verbesserung der Übersichtlichkeit. Der Vertreter des Auswärtigen Amtes erklärt, daß die Länderberichte als beliebte Nachschlagewerke ganz besonders begrüßt werden und stellt dabei noch die Berichte über die Entwicklungsländer heraus, zu denen in der nächsten Zeit noch einige Wünsche übermittelt werden. Auch der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft betont das große Interesse seines Ministeriums an den - gut gegliederten - Veröffentlichungen des Amtes. Das Taschenbuch sollte möglichst in kürzeren Abständen erscheinen. Außerdem bestehe Interesse an der Herausgabe von Veröffentlichungen, in denen für einzelne Wirtschaftsbereiche das aus verschiedenen Quellen anfallende Material zusammengefaßt ist. Vom Statistischen Bundesamt wird auf die Arbeiten an einer derartigen Veröffentlichung über die Industrie und auf die im übrigen für solche Arbeiten fehlenden personellen und haushaltsmäßigen Voraussetzungen hingewiesen. Weitere Anregungen betreffen die Herausgabe eines Sammelbandes über die Organisation und die Technik des Zählungswerkes 1960/62, die Aufnahme von Hinweisen auf die Zugehörigkeit der Länder zu Währungsgebieten bzw.

-blöcken, den Übergang auf Dünndruck-Ausgaben beim Statistischen Jahrbuch, die Erweiterung des Umfangs von "Wirtschaft und Statistik" (u.a. mehr Branchenberichte), die Aufnahme längerer Reihen oder zumindest von Hinweisen auf entsprechende Fundstellen sowie die vermehrte Wiedergabe von Ergebnissen für das Saarland.

Der Direktor des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften ist - im Gegensatz zum Vorsitzenden und auch zum Leiter des Statistischen Landesamtes Nordrhein-Westfalen - der Auffassung, daß der "Stil" von "Wirtschaft und Statistik" wieder mehr der Tradition der Vorkriegsjahre angepaßt werden sollte, in denen diese Zeitschrift u.a. mehr Beiträge über die Lage einzelner Industriezweige erbrachte und damit eine gute Einführung in die wichtigsten ökonomischen und sozialen Bereiche gab. Heute biete sie eine Sammlung aktueller Daten und methodische Einführungen, die mehr in wissenschaftliche Zeitschriften anderen Charakters hineingehörten. Präsident Dr. Fürst begründet, mit der nachdrücklichen Unterstützung anderer Beiratsmitglieder, in großen Zügen seine Auffassung vom neuen "Stil", Zweck und Inhalt der Zeitschrift, die sich heute einen wesentlich größeren Leserkreis als früher erobert hat. Er schlägt vor, dieses Thema evtl. als besonderen Punkt auf der nächsten Beiratstagung zu behandeln.

Zu den Wünschen des Vertreters des Bundesverbandes der Deutschen Industrie nach der Herausgabe von Branchenanalysen wird vom Vorsitzenden festgestellt, daß diese Aufgabe im Hinblick auf die personelle Situation im Statistischen Bundesamt zunächst besser in Händen von Verbänden, Instituten usw. liegen dürfte. Evtl. sei es zweckmäßig, nach Erscheinen der vorher genannten Sammelveröffentlichung über die Industrie, über diese Frage noch einmal zu sprechen.

II. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, allgemeine fachliche Koordinierung

Da die meisten wichtigen Punkte dieses Arbeitsgebietes bereits ausführlich im Allgemeinen Teil erörtert worden sind, werden hier nur die Kostenstrukturstatistik und einige Sonderfragen behandelt.

Das Ergebnis der - auf freiwilliger Grundlage durchgeführten - Kostenstrukturerhebungen ist bisher im allgemeinen befriedigend. Die Aufgeschlossenheit der Befragten ist auf alle Fälle sehr viel größer gewesen als 1950. Über die Industrie wurden erste Ergebnisse veröffentlicht, für das Handwerk, die Freien Berufe und das Verkehrsgewerbe werden sie noch in der zweiten Hälfte des Jahres 1961 vorliegen. Die Frage, wie das Zusammentreffen mehrerer Erhebungen in einem bestimmten Bereich vermieden werden kann, wird sich nicht befriedigend lösen lassen, wie auch wegen der Hochrechnung auf die Wiederholung von Fragen nach bestimmten Eckdaten nicht verzichtet werden kann. Etwas schwierig wird allerdings die Situation im Herbst 1961 im Bereich des Großhandels. Vom Leiter des Statistischen Landesamtes Bremen wird daher um eine stärkere Verteilung der Belastung des Handels gebeten. Das Statistische Bundesamt, das hier auch um eine ~~Unter-~~stützung durch das Bundesministerium für Wirtschaft bittet, wird innerhalb des gesetzlich bestehenden Spielraumes alle Möglichkeiten wahrnehmen. Evtl. werden die Fragebogen erst im Dezember 1961 verschickt werden. Dr. Raabe vom Bundesministerium für Wirtschaft bittet zu überlegen, ob nicht auch hochgerechnete Daten der Kostenstrukturstatistik für bestimmte Industriegruppen, evtl. nach Größenklassen gegliedert, gegeben werden können. Vom Statistischen Bundesamt wird auf die Schwierigkeiten der Veröffentlichung gewisser Daten hingewiesen, wenn man die freiwillige Teilnahme an diesen Erhebungen nicht gefährden will.

Auf Fragen des Vertreters des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung wird vom Statistischen Bundesamt erklärt, daß eine Veröffentlichung mit einer Aufteilung der Investitionsgüter nach Warenarten, die Herausgabe eines Sammelbandes über die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowie die Veröffentlichung von Sozialproduktsberechnungen für kürzere Zeiträume als ein Jahr vorgesehen sind. Die Möglichkeiten, Unterlagen für die Berechnung der tatsächlichen Lebensdauer von Maschinen zu gewinnen, wurden auf eine Anregung des Vertreters des DIW hin erörtert. Der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft weist auf die theoretische Möglichkeit hin, diese Fragen an die Investitionserhebung 1963 anzuhängen. Die Angelegenheit soll noch in einer besonderen Arbeitsgruppe besprochen werden.

III. Ernährungs- und Landwirtschaftsstatistik

Vom Statistischen Bundesamt wird kurz auf die wichtigsten neuen Arbeiten, die im Amtsbericht dargelegt sind, hingewiesen. Für die Bodennutzungserhebung soll von diesem Jahre ab ein einheitlicher Stichprobenplan eingeführt werden, der auf Grund der Erfahrungen mit den bisher angewandten verschiedenartigen Methoden neu ausgearbeitet worden ist. Zur Verbesserung der Erntestatistik wird zur Zeit geprüft, welche personellen und finanziellen Möglichkeiten bestehen, objektive Erntemessungen bei einer Reihe weiterer Fruchtarten vorzunehmen. Bei der Milcherzeugungs- und -verwendungsstatistik werden zur Zeit Schätzungen und Stichprobenerhebungen nebeneinander angewandt. Auf Grund der hierbei gemachten Erfahrungen soll geprüft werden, welches der beiden Verfahren auf die Dauer den Vorzug verdient.

IV. Industrie- und Handwerksstatistik

Das Anlaufergebnis bei der Handwerksberichterstattung ist zufriedenstellend. Mit ersten Ergebnissen für das III. und IV. Quartal 1960 ist etwa im Juli 1961 zu rechnen.

Die mit der Berechnung des neuen Produktionsindex zusammenhängenden Fragen sind seit der letzten Beiratstagung u.a. in drei Referentenbesprechungen mit den Statistischen Landesämtern behandelt worden. Die als Gewichtungsunterlagen benötigten, von den Statistischen Landesämtern ermittelten Nettoproduktionswerte werden evtl. im Juli 1961 vorliegen. Die u.a. auch erörterte Zusammenfassung von Länderindices zum Bundesindex stellt ein schwieriges Problem dar, da die Auswahl der in den Index einzubeziehenden Reihen in den einzelnen Ländern nicht einheitlich ist.

Die Frage der arbeitstäglichen Berechnung des Produktionsindex steht nach Mitteilung des Vorsitzenden auf dem Programm des Arbeitskreises "Erörterung des statistischen Instrumentariums für die allgemeine Wirtschaftsbeobachtung" der Wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute. Die Ergebnisse der Befragung nach der Samstagsbeschäftigung in der Industrie werden etwa im August 1961 vorliegen. Gegen eine Veröffentlichung bestehen keine Bedenken.

Der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft würde es begrüßen, wenn die Auswahl für den monatlichen Produktionsindex für die Verbrauchsgüterindustrien (Index der industriellen Nettoproduktion) ohne Gefährdung der Termine verbessert werden könnte. Der Vorsitzende ist dagegen der Ansicht, daß im Hinblick auf die laufende Beobachtung der Verbrauchsgüterproduktion (Index der Brutto-Produktion von Verbrauchsgütern) auf die Bildung einer Hauptgruppe "Verbrauchsgüterindustrie" im Index der Nettoproduktion künftig vielleicht überhaupt verzichtet werden kann. Er schlägt vor, diese Frage im Fachausschuß zu besprechen. Der Direktor des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften hält eine Unterteilung des Produktionsindex für die Nahrungs- und Genußmittelindustrien nach einzelnen Zweigen für besonders wichtig. Diese Unterteilung ist bei dem neuen Produktionsindex auf Basis 1958 durchführbar und wird vom Statistischen Bundesamt zugesagt. Für die Aufstellung durchlaufender Reihen gilt im Prinzip das zum Preisindex für die Lebenshaltung Gesagte.

Die Veröffentlichung der Ergebnisse der Sonderaufbereitung der Vierteljährlichen Produktionserhebung nach Betrieben und Unternehmen für 1954 wird in Kürze erscheinen.

V. Handels- und Verkehrsstatistik

Ergänzend zu den Ausführungen im Amtsbericht wird auf eine vom Statistischen Bundesamt zusammengestellte Veröffentlichung des Außenhandels der sowjetischen Besatzungszone für 1959 hingewiesen.

In der Großhandelsstatistik ist für 1962 die Einbeziehung von weiteren 20 Großhandelszweigen geplant. Es wird versucht werden, einen Umsatzindex für den gesamten Großhandel nach Vorliegen der Grundergebnisse des Handelszensus bereits für die Zeit ab Januar 1961 aufzustellen. In der Verkehrsstatistik wird ab 1962 in allen Zweigen nach dem neuen internationalen Güterverzeichnis gearbeitet werden. Zur Luftfahrtstatistik ist der Wunsch geäußert worden, neben einigen Verfeinerungen in der Darstellung des Passagierverkehrs und neben dem Güterverkehr mit dem Ausland auch den Güterverkehr im Inland eingehend zu erfassen.

VI. Statistik der Preise und Löhne, des Bau- und Wohnungswesens, Sozialstatistik

Bei der Statistik der Baupreise hat sich im Zusammenhang mit der Überleitung der Preisermittlungen auf die Statistischen Landesämter der Februar-Index 1961 verspätet; die große Verzögerung wird aber einmalig sein. Die Formblätter für die Statistik der Baulandpreise konnten in den letzten Wochen mit den zuständigen Ministerien abgestimmt werden. Es ist zu hoffen, daß die Statistik in absehbarer Zeit - evtl. rückwirkend ab Januar 1961 - in Gang gesetzt werden kann. Der Vertreter der Deutschen Bundesbank bittet zu prüfen, ob die nach der bisherigen Praxis etwas verwirrende Herausgabe verschiedener Zahlen der Baustatistik sowohl durch das Statistische Bundesamt (meist endgültige Ergebnisse) und durch das Bundesministerium für Wohnungsbau (meist vorläufige Ergebnisse) abgestellt werden kann. Der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft weist auf Preisindices für Warenhäuser hin, die vor einiger Zeit in der Presse erschienen und deren Methoden angeblich mit dem Statistischen Bundesamt abgestimmt worden sind. Die Untersuchungen des Amtes hierzu haben - soweit überhaupt feststellbar - nur eine teilweise methodische Übereinstimmung ergeben. Für die evtl. Berechnung eines eigenen Warenhausindex reichen die z.Z. vorhandenen amtlichen Unterlagen nicht aus.

Die EWG-Arbeitskostenerhebung, die von den Statistischen Landesämtern trotz verspäteter Verkündung der Rechtsgrundlage und später Überweisung der Mittel in kürzester Zeit und termingemäß durchgeführt worden ist, wird wahrscheinlich in anderen Wirtschaftszweigen fortgeführt werden. Es würde die Bereitwilligkeit zur Mitarbeit bei den neuen Erhebungen fördern, wenn die Ergebnisse der letzten Erhebung möglichst bald, d.h. ggf. auch vor einer Veröffentlichung durch die EWG, herausgebracht werden könnten. Hierfür sprechen sich auch der Direktor des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften sowie der Vertreter der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände aus. Das Statistische Bundesamt wird sich in dieser Angelegenheit mit dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften in Verbindung setzen. Die aus Einsparungsgründen s.Z. erwogene Verringerung des Auswahlsatzes bei den Lohn- und

Gehaltsstrukturhebungen in den übrigen Wirtschaftsbereichen wurde vom Statistischen Bundesamt inzwischen wegen der damit verbundenen Auswirkungen auf die Länderergebnisse wieder zurückgezogen. Es bleibt zu hoffen, daß die Finanzministerien den höheren Kosten bei einem Auswahlatz von 15 vH zustimmen. Der vom Statistischen Bundesamt angekündigte Index der Beamtgehälter mußte wegen dringender anderer Arbeiten zurückgestellt werden. Es müssen noch einige methodische Fragen in Zusammenarbeit mit dem Fachausschuß geklärt werden.

VII. Finanz- und Steuerstatistik

Vom Statistischen Bundesamt wird in Anlehnung an die Ausführungen im Amtsbericht auf die Möglichkeiten hingewiesen, die durch die neue Rechtsgrundlage für eine Aktualisierung der Finanzstatistik gegeben sind. Durch eine Umfrage bei den Konsumenten soll ermittelt werden, welcher Bedarf an finanzstatistischem Material besteht. Im Fachausschuß wird dann beraten werden, ob und in welcher Form die vom Bundesrat empfohlene Vereinfachung der Jahresrechnungsstatistik und gleichzeitig die methodische Anpassung an die künftige Haushaltsplanstatistik zu erreichen ist. Im Zusammenhang mit den Vorarbeiten für eine geplante Statistik der Wissenschaftsfinanzierung hat das Statistische Bundesamt einen Katalog der wissenschaftlichen Einrichtungen ausgearbeitet, zu dem inzwischen zahlreiche und sehr unterschiedliche Stellungnahmen der Kultusministerien und der Verbände eingegangen sind. Der in Vorbereitung befindliche zusammenfassende Bericht über die Beratungen des Arbeitskreises "Vermögensstatistik" soll später auch dem Statistischen Beirat vorgelegt werden.

Die Durchführung einer Einkommen-, Körperschaft- und Lohnsteuerstatistik für 1961 ist noch nicht ganz sicher, da zwei Länder aus rechtlichen Gründen Bedenken gegen eine Koordinierungsvereinbarung angemeldet haben.

Für 1962 ist eine umfassende Umsatzsteuerstatistik geplant. Die Umstellung der gewerblichen Signierung auf die neue Systematik der Wirtschaftszweige, die mit der Statistik für 1961 vorgesehen ist, soll in einer der nächsten Sitzungen des Arbeitskreises für Methodik und Systematik der Steuerstatistiken und im

Fachausschuß Finanz- und Steuerstatistik beraten werden. Vor weiteren Verhandlungen über Umfang und Periodizität der Umsatzsteuerstatistik ab 1963 soll nach den Vereinbarungen im Fachausschuß eine Konsumentenbefragung durchgeführt werden. Der Leiter des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz weist darauf hin, daß bisher zahlreiche Konsumenten die Beibehaltung einer jährlichen Umsatzsteuerstatistik neben den kurzfristigen Umsatzstatistiken befürworten. Auf die vom Vertreter des Bundesministeriums der Finanzen geäußerte Bitte, das Urmaterial der Umsatzsteuerstatistik - an der wegen der Pläne zur Umsatzsteuerreform bis auf weiteres größtes Interesse bestehe - aufzuheben, wird auf die generelle Regelung in den Statistischen Landesämtern hingewiesen.

VIII. Bevölkerungs- und Kulturstatistik

Die Arbeiten dieses Aufgabengebietes haben sich in letzter Zeit weitgehend auf die bereits vorher behandelte Volks- und Berufszählung 1961 konzentrieren müssen. Im übrigen wird daher vom Statistischen Bundesamt nur auf einige ausgewählte Probleme hingewiesen.

In der Gesundheitsstatistik ist in der Bundesrepublik - im Gegensatz zu Fortschritten in anderen Ländern - keine generelle Weiterentwicklung erfolgt. Der Leiter des Statistischen Landesamtes Nordrhein-Westfalen berichtet, daß seinem Amt jetzt die Zusammenstellung des Jahresgesundheitsberichtes des Landes übertragen worden sei, und daß hier evtl. ohne neue Erhebungen einiges brauchbare Material herausgeholt werden könnte. Im Statistischen Bundesamt besteht die Auffassung, daß diese Berichte, die grundsätzlich in den Instanzenweg der Medizinalverwaltung der Länder gehören, zwar einige neue Information böten, aber nicht die großen Lücken beseitigen könnten.

Auf dem Gebiet der Schul- und Hochschulstatistiken muß jetzt u. a. laufend der Entwicklungsprozeß im Hochschulwesen verfolgt werden, um so mehr als z.B. in der Öffentlichkeit mit zum Teil wenig brauchbarem Zahlenmaterial über die Nachwuchslage diskutiert wird.

Beim Mikrozensus haben die Beratungen mit den Statistischen Landesämtern inzwischen ergeben, daß eine Aufnahme von zusätzlichen Tatbeständen in die Befragung vom Oktober 1961 aus arbeitsmäßigen Gründen in der ursprünglich vorgesehenen Konzentration nicht durchführbar ist. Die Möglichkeiten einer Verteilung der Zusatzfragen auf 1961 und 1962 werden zur Zeit mit dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung erörtert. Auf den Hinweis des Vertreters des Bundesministeriums für Familien- und Jugendfragen, daß sein Ministerium Einspruch erheben müsse, wenn bestimmte Fragen nicht 1961 aufgenommen würden, erklärt der Vorsitzende, daß diese Frage nicht im Statistischen Beirat, sondern nur in einer Ressortbesprechung entschieden werden könne.

IX. Mitteilungen aus der Verwaltung des Amtes

Der Vertreter der Deutschen Bundesbank weist auf die Schwierigkeiten hin, die Arbeiten auf dem Gebiet der Statistik mit den Tätigkeitsmerkmalen der TO A in Einklang zu bringen, und erkundigte sich nach dem evtl. Vorhandensein einer entsprechenden Gegenüberstellung. Das Statistische Bundesamt wird eine gemeinsam mit den Statistischen Landesämtern erarbeitete Übersicht, die einige "Grundsätze zur tariflichen Bewertung von Tätigkeiten im Statistischen Dienst nach der TO A des neuen Tarifvertrages vom 15. Januar 1960" enthält, zur Verfügung stellen.

Der Vorsitzende schließt die Tagung und dankt für die diesmal besonders rege Teilnahme an der Diskussion, die dem Statistischen Bundesamt zahlreiche Anregungen für seine weitere Arbeit und andererseits hoffentlich auch den Beiratsmitgliedern die erwarteten Informationen über die Amtsarbeit gegeben habe.

Herrn

Präsident Dr. F ü r s t
und allen Abteilungen

im H a u s e

Betr.: Protokoll über die Beiratstagung 1961;
hier: Konsequenzen und Stand der Erledigungen

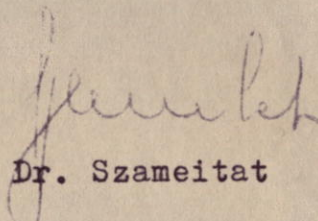
Bezug: Notiz über die Abteilungsleiterbesprechung am
3. Juni 1961 - Abt. I - 17/01 - Dr.Sz/Re -
vom 6. Juni 1961 Punkt 10 Seite 4

/ Als Anlage wird eine Übersicht über die

Konsequenzen der Beiratstagung 1961
und den Stand der Erledigungen

vorgelegt.

Anlage


Dr. Szameitat

Übersicht

über die Konsequenzen der Beiratstagung 1961
und den Stand der Erledigungen

1. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
(Punkt A II/1 des Protokolls)

- II a) Die vom Bundesministerium der Finanzen und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung angeregte Diskussion von Methodenfragen soll im Rahmen der zeitlichen und personellen Möglichkeiten im zuständigen Fachausschuß erfolgen.
- II b) Dr. Raabe vom Bundesministerium für Wirtschaft schlägt vor, die Priorität der Standard-Tabellen vordringlich im Fachausschuß zu beraten. Das Bundesamt bittet hierzu um Vorschläge der Ressorts.

2. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
(Punkt A II/4 des Protokolls)

- VI, II a) Die mit der Verbindung des Nachfrage- und des Verbrauchskonzepts zusammenhängenden Fragen sollen noch eingehend im zuständigen Fachausschuß beraten werden.
- II, VI b) Die Grundzüge für die Gliederung der Güter des privaten Verbrauchs und die Gliederung der Verbraucher nach Einkommensstufen sollen gemeinsam von den Fachausschüssen "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen" und "Preis- und Lohnstatistik" behandelt werden.
- VI c) Der Termin für den Beginn der Erhebungen soll im Fachausschuß und mit den durchführenden Stellen geklärt werden.

3. Statistische Unterlagen für die Messung der Konzentration
(Punkt A II/6 des Protokolls)

I, IV, VII

Nach Vorliegen konkreter Anforderungen der Enquête-Kommission sollen die zuständigen Fachausschüsse die Möglichkeiten zu ihrer Realisierung überprüfen.

4. Die Umstellung der Preis-, Lohn- und Mengenindices auf das Basisjahr 1958
(Punkt A II/7 des Protokolls)

VI, I, IV

a) Kontrollberechnungen sollen auch für den Erzeugerpreisindex mit wechselnder Gewichtung - soweit mit dem vorhandenen Material möglich - durchgeführt werden.

IV

b) Die zusätzliche Berechnung eines Produktionsindex, der Berlin (West) mit einbezieht, soll im Hinblick auf die damit verbundenen Arbeiten noch geprüft werden.

I, IV

c) Sofern von anderer Seite keine Einwendungen erhoben werden, sollen beim Produktionsindex Vergleichszahlen für 1938 gebracht werden (entsprechend der Veröffentlichung im Sonderheft 8 der Reihe "Die Industrie der BRD").

Zählungswerk 1960/62

I

1. Punkt B VII des Protokolls

In einem künftigen Zählungswerk sollen bei allen Zählungsteilen ausreichende Probeerhebungen und Nachkontrollen durchgeführt werden.

2. Verkehrszensus 1962
(Punkt B VII des Protokolls)

V

Im Fachausschuß soll die Aufstellung von Regionaltabellen aus dem Totalmaterial beraten werden.

Diskussion der Abteilungsberichte

1. Elektronische Rechenanlagen
(Punkt C I des Protokolls)

I

Das Statistische Bundesamt wird, wie bereits wiederholt geschehen, auf die rechtzeitige Lieferung der für die Statistischen Landesämter bestellten Maschinen-Type 1401 dringen.

2. Veröffentlichungen
(Punkt C I des Protokolls)

- I a) Für die Neuherausgabe des Bandes 182 "Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik" soll die Möglichkeit der "Loseblattausgabe" geprüft werden.
- I b) Das Auswärtige Amt wird Wünsche für Berichte über Entwicklungsländer in der nächsten Zeit übermitteln.
- I c) Das Bundesministerium für Wirtschaft regt an, das "Taschenbuch" evtl. in kürzeren Abständen herausgeben.
- I d) Ferner sollen überprüft werden:
der Übergang auf Dünndruck-Ausgabe beim Statistischen Jahrbuch,
die Aufnahme von Hinweisen auf die Zugehörigkeit der Länder zu Währungsgebieten bzw. -blöcken,
die Aufnahme längerer Reihen oder von Hinweisen auf entsprechende Fundstellen,
die vermehrte Wiedergabe von Ergebnissen für das Saarland.
- s., I - VIII e) Auf der nächsten Beiratstagung soll evtl. über das gesamte System der Amtsveröffentlichungen gesprochen werden.
- I, IV f) Nach Erscheinen der Sammelveröffentlichung über die Industrie soll die Herausgabe von weiteren "Branchenanalysen" überprüft werden.

3. Kostenstrukturstatistik
(Punkt C II des Protokolls)

- II a) Zur Entlastung der Berichtsstellen (Zusammentreffen mehrerer Erhebungen) soll mit Unterstützung des Bundesministeriums für Wirtschaft eine stärkere Verteilung der Belastung für den Bereich des Großhandels geprüft werden. (Verschickung der Fragebogen evtl. erst im Dezember 1961).
- II b) Die Frage der Veröffentlichung von hochgerechneten Daten für bestimmte Industriegruppen in der Gliederung nach Größenklassen, soll überlegt werden.

- II c) In einer besonderen Arbeitsgruppe soll die Möglichkeit, Unterlagen für die tatsächliche Lebensdauer von Maschinen zu bekommen, erörtert werden.

4. Industrie- und Handwerksstatistik
(Punkt C IV des Protokolls)

- IV a) Es soll im Fachausschuß geprüft werden, ob auf die Bildung einer Hauptgruppe "Verbrauchsgüterindustrie" im Index der Nettoproduktion verzichtet werden kann.
- IV b) Die Unterteilung des Produktionsindex für die Nahrungs- und Genußmittelindustrien nach einzelnen Zweigen auf der Basis 1958 wurde vom Statistischen Bundesamt zugesagt.

5. Baustatistik
(Punkt C VI des Protokolls)

- VI Die Deutsche Bundesbank bittet die bisherige Veröffentlichungspraxis zu überprüfen. (Statistisches Bundesamt meist endgültige Ergebnisse - Bundesministerium für Wohnungsbau meist vorläufige Ergebnisse). —

6. EWG Arbeitskostenerhebung
(Punkt C VI des Protokolls)

- II, VI Mit dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften soll geklärt werden, ob die Ergebnisse der letzten Erhebung ggf. auch vor einer Veröffentlichung durch die EWG herausgegeben werden können.

7. Finanzstatistik
(Punkt C VII des Protokolls)

- VII a) Nach einer Umfrage bei den "Konsumenten" soll im Fachausschuß beraten werden, ob und in welcher Form die vom Bundesrat empfohlene Vereinfachung der Jahresrechnungsstatistik und die methodische Anpassung an die künftige Haushaltsplanstatistik zu erreichen ist.
- VII b) Der in Vorbereitung befindliche Bericht des Arbeitskreises "Vermögensstatistik" soll später dem Beirat vorgelegt werden.

8. Verschiedenes
(Punkt C IX des Protokolls)

I, Z

Die Deutsche Bundesbank bittet um Übersendung der vom Bundesamt gemeinsam mit den Landesämtern erarbeiteten Übersicht über einige "Grundsätze zur tariflichen Bewertung von Tätigkeiten im Statistischen Dienst nach der TO.A des neuen Tarifvertrages vom 15. Januar 1960".

Übersichtüber die Konsequenzen der Beiratstagung 1961
- Stand der Erledigungen Anfang September 1961 -

- II

1. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
(Punkt A II 1 des Protokolls)

Für die in Aussicht genommene Diskussion von Methodenfragen und die Beratung über die Priorität der Standard-Tabellen im Fachausschuß sind bis jetzt noch keine Anregungen gegeben worden.
- II, VI

2. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
(Punkt A II 4 des Protokolls)

Die Grundzüge für die Gliederung der Güter des privaten Verbrauchs und die Gliederung der Verbraucher nach Einkommensstufen werden im Oktober/November 1961 von den Fachausschüssen „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ und „Preis- und Lohnstatistik“ gemeinsam behandelt werden.
- II, IV

3. Statistische Unterlagen für die Messung der Konzentration
(Punkt A II 6 des Protokolls)

Zur Sonderaufbereitung aus dem Material der Nettoleistungserhebung 1954 muß sich das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft noch hinsichtlich der heranzuziehenden Industriezweige sowie der größenmäßigen Abgrenzung der Unternehmen äußern. Die Leiter der Statistischen Landesämter haben der Sonderaufbereitung auf ihrer Tagung in Berlin zugestimmt.
- IV, I

4. Die Umstellung der Preis-, Lohn- und Mengenindices auf das Basisjahr 1958
(Punkt A II 7 des Protokolls)

Die Möglichkeit der zusätzlichen Berechnung eines Produktionsindex, der Berlin (West) mit einbezieht, sowie die evtl. Veröffentlichung von Vergleichszahlen für 1938 werden noch geprüft.

5. Verkehrszensus 1962
(Punkt B VII des Protokolls)

- V Die Aufstellung von Regionaltabellen wird in der nächsten Zeit im Arbeitskreis beraten werden.

6. Veröffentlichungen
(Punkt C I des Protokolls)

- I a) Die Möglichkeit der Loseblattausgabe für den neuen Band über „Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik“ wird noch geprüft.
- I b) Im Quellennachweis des nächsten Statistischen Jahrbuchs wird auf die Veröffentlichungen hingewiesen werden, die längere Zeitreihen enthalten.
- I c) Eine Unterlage über das System der Amtsveröffentlichungen nach der Neugliederung wird für die nächste Beiratstagung vorbereitet.
- I, II d) Die Herausgabe von weiteren „Branchenanalysen“ wird ggf. zu einem späteren Zeitpunkt neu zu prüfen sein.

7. Kostenstrukturstatistik
(Punkt C II des Protokolls)

- II a) Die Frage der Veröffentlichung von hochgerechneten Daten für bestimmte Industriegruppen in der Gliederung nach Größenklassen wäre noch zu überlegen.
- II, IV b) Die Möglichkeiten, Unterlagen für die Berechnung der tatsächlichen Lebensdauer von Maschinen zu bekommen, wird im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Investitionserhebung 1963 erörtert werden können.

8. Industrie- und Handwerksstatistik
(Punkt C IV des Protokolls)

- IV a) Die Frage des evtl. Verzichts auf eine Hauptgruppe „Verbrauchsgüterindustrie“ im Index der Nettoproduktion wäre noch zu prüfen.
- IV b) Die zugesagte Unterteilung des Produktionsindex für die Nahrungs- und Genußmittelindustrien nach einzelnen Zweigen wird bei dem neuen Index vorgenommen werden.

9. EWG-Arbeitskostenerhebung
(Punkt C VI des Protokolls)

VI Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften hat die Kommission der EWG um Genehmigung gebeten, daß die Ergebnisse der letzten Erhebung von den Mitgliedstaaten herausgegeben werden können. Die Entscheidung der Kommission steht noch aus.

10. Finanzstatistik
(Punkt C VII des Protokolls)

- VII a) Die Beratungen im Fachausschuß über die Vereinfachung der Jahresrechnungsstatistik und die methodische Anpassung an die Haushaltsplanstatistik stehen noch aus.
- VII b) Der zusammenfassende Bericht über die Beratungen des Arbeitskreises „Vermögensstatistik“ wird voraussichtlich bis Ende 1961 vorliegen.